



pressestelle der universität oldenburg
2900 oldenburg · postfach 943
telefon (04 41) 510 65 / 510 66

26. März

2/74

Erste Konzilsitzung

Am 13.3.74 fand in der Aula die konstituierende Sitzung des Konzils statt.

Erster wichtiger Punkt war die Wahl des Vorstandes, der gleichzeitig das Präsidium der Universität (Beratungsgremium des Rektors) bilden wird. Gewählt wurden: Prof. Dr. Irene Pieper als Hochschullehrer (VG 011, Tel. 334), Dr. Wilhelm Büttmeyer als wiss. Mitarbeiter (VG 015, Tel. 335), Helga Kochanowski als sonst. Mitarbeiter (VG 415, Tel. 391) und Thorsten Hecht als Student.

Der zweite wichtige Punkt betraf die Organisation der Wahl des zukünftigen Rektors. Als Mitglieder des Rektorwahlausschusses wurden gewählt: Prof. Sprockhoff (VG 008, Tel. 205), wiss. Ass. Nilse (VG 312, Tel. 361), sonst. Mitarb. Pannemann (VG 507, Tel. 363), Student Zippel. Der Rektorwahlauschuß hat sich am 20.3.74 konstituiert. Zum Vorsitzenden wurde Herr Nilse gewählt. Er ist Anlaufstelle für das Einreichen von Kandidatenvorschlägen. Die Vorschlagsfrist geht bis zum 1.4.74, 12.00 Uhr. Weiter wurde beschlossen, am 17.4.74 abends

eine Konzilsitzung zur Wahl des Rektors stattfinden zu lassen. Da die Rektorwahl während des Semesters stattfinden muß, wurde inzwischen der Termin auf den 18.4.74, 19.30 Uhr verschoben.

REKTOR- WAHL 18.4. 19 h 30 AULA

Ferner wurde in der konstituierenden Konzilsitzung eine Resolution des Heimrats des Studentenwohnheims einstimmig angenommen, in der die Integration des Wohnheims in das Studentenwerk und die Bezugshaltung der Miete durch das Land Niedersachsen gefordert wird. Eine Resolution des Aktionskomitees gegen die Berufsverbote zur Entlassung des Lehrers H.-J. Müller aus dem Schuldienst wurde wegen Beschußunfähigkeit des Konzils nicht mehr behandelt. wh

Geschäftsstellen für die Fachbereiche

Der Rektor teilt die vorläufige Regelung der Geschäftsstellen für die Fachbereiche mit:

Fachbereich I (Erziehung und Sozialisation):
vorl. Vors. Prof. Dr. R. Lengert,
Raum VG 012, Tel. 330,
Sekretariat: Inge Rickmeyer,
Raum VG 405

impressum:

Das uni-info wird herausgegeben von der Presse- und Informationsstelle der Universität Oldenburg. Mitarbeiter: Traugott Böhlke, Ulrich Höpfner (verantw.), Wolfgang Hunneshagen, Frau Rüdebusch Raum C 210, Telefon 310

Fachbereich II (Kommunikation / Ästhetik):

vorl. Vors. Prof. R. Pfennig,
Raum D 7, Tel. 311,
Sekretariat: Renate Volkmann,
Raum VG 407, Tel. 395

Fachbereich III (Gesellschaftswissenschaften):

vorl. Vors. Prof. Dr. W. Schulenberg,
Raum VG 110, Tel. 338,
Sekretariat: Roswitha Sokolowsky,
Raum VG 403, Tel. 399

Fachbereich IV (Mathematik/Naturwissenschaften):

vorl. Vors. Prof. Dr. D. Eschenhagen,
Raum G 3, Tel. 318,
Sekretariat: Gabriele Fröhlich,
Raum VG 403, Tel. 399

Die personelle Besetzung und die räumliche Unterbringung der Geschäftsstellen sind vorläufig. Die Vorsitzenden sind von den jeweiligen Fachbereichsräten bis zum 1.5.1974 zu wählen.

Veranstaltungs-, Personalverzeichnis und Studienführer

Das Veranstaltungs- und Personalverzeichnis der Universität (340 Seiten!) ist ab Ende dieser Woche in der Bibliothek erhältlich. Preis und Einzelheiten der Verbreitung, insbesondere in den Buchhandlungen, sind bisher noch nicht festgelegt.

Der Studienführer der Universität (ca. 250 Seiten) wird wohl zu Anfang des Semesters vorliegen. Er liegt bis einschließlich 27.3. im VG 309 zur Korrektur bzw. Ergänzung aus.

Orientierungsphase

Veranstaltungen der Orientierungsphase sollten in der "Vorstellung des Programms der Orientierungsphase" (Do., 18.4.74, 9 h, Aula) angekündigt werden. Zu diesem Zweck bittet Herr Stinshoff (VG 306, Postf. VG 305) um Mitteilung bis zum 16.4.74.

Alle immatrikuliert

Alle 500 Bewerber für den Studienanfang in Oldenburg im Sommersemester 74 konnten aufgenommen werden, wenn auch nicht in allen Fällen ihrem Hauptstudienwunsch entsprechend. 111 Studienplätze von den insgesamt 625 sind bis 31.3.74 nochmals ausgeschrieben; hauptsächlich für Diplom in Sozialwissenschaften (37), Mathematik (25), Physik (9) und Raumplanung (21).

Osnabrück und Vechta haben bisher insgesamt 413 Bewerbungen für 722 Studienplätze. Auch diese Universitäten haben die Bewerbungsfrist verlängert.

Insgesamt werden jedoch die Zahlen der effektiven Studienanfänger um einiges niedriger liegen, da sich erfahrungsgemäß viele Studenten aus verständlichen Gründen an mehreren Universitäten gleichzeitig bewerben.

Müller aus dem Schuldienst entlassen

Am 6. März 74 wurde der Lehrer und DKP-Kreisvorsitzende in Oldenburg, Hans-Joachim Müller, per Verfügung des Präsidenten des Verwaltungsbezirks Oldenburg als erster Beamter in Niedersachsen aus dem Schuldienst entlassen. Am 14. März folgte eine zweite Entlassungsverfügung, nachdem die erste Verfügung ohne die notwendige Beteiligung des Lehrer-Bezirkspersonalrats erfolgt war.

Die Begründung für die Entlassung bezog sich darauf, "daß Müller sich zu den programmatischen Erklärungen und politischen Zielen der Deutschen Kommunistischen Partei (DKP) nicht nur bekannte, sondern sich für deren Verwirklichung in erheblichem Maße auch aktiv einsetzt." Dies habe sich in zwei Anhörungen im Präsidium herausgestellt, wo man zu der Überzeugung gelangt sei, daß Müllers Bekenntnis zur freiheitlich - demokratischen Grundordnung der Bundesrepublik nur ein verbales Bekenntnis sei. Aus schlaggebend für die Entlassung sei weiterhin gewesen, daß Müller sich in einem Artikel der DKP-Zeitung "Unsere Zeit" mit sowjetischen Systemkritikern wie Amalrik, Sacharov und Solschenizyn kritisch auseinandersetzt und diese als "kriminelle Elemente" bezeichnet habe. Seine Qualifikation als Lehrer wurde nicht bestritten, sein Unterricht sei nicht zu beanstanden.

Die Stimmen zu dieser ersten Entlassung eines Beamten aus dem öffentlichen Dienst auf Grund der Radikalenbeschlüsse sind unterschiedlich. Einhellige Zustimmung bei der CDU und FDP Oldenburgs, Zustimmung auch seitens des SPD-

Ministerpräsidenten Kubel und anderer führender Sozialdemokraten der Landesregierung. Der SPD-Unterbezirksvorstand Oldenburg und die Oldenburger Jungsozialisten sprachen sich trotz politischer Meinungsverschiedenheiten mit Müller gegen die Entlassung politisch Andersdenkender aus dem öffentlichen Dienst aus.

Die Rücknahme der Entlassung Müllers sowie die Aufhebung der Berufsverbote wird von einer Reihe von Organisationen und Einzelpersonen gefordert, u.a. von den Kontaktlehrern der Uni Oldenburg, dem Aktionskomitee gegen die Berufsverbote, dem SHB, vielen Pastoren und kirchlichen Mitarbeitern, der Sektion Oldenburg des Bundes demokratischer Wissenschaftler, der Konferenz wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Uni Oldenburg. Auch Kollegen Müllers sowie die Eltern der beiden Schulklassen, in denen Müller unterrichtete, sprachen sich für sein Verbleiben im Schuldienst aus.

Müller selbst weist in einem UZ-Interview die Vorwürfe gegen ihn zurück, die sich vor allem auf seine Äußerungen über die sowjetischen Systemkritiker beziehen. Dadurch, daß z.B. Amalrik in der Sowjetunion rechtskräftig verurteilt wurde, könne er ihn - ohne die Verfassungsgrundsätze der Bundesrepublik zu verletzen - als Kriminellen bezeichnen. Außerdem, so aus der Stellungnahme des Oldenburger MSB Spartakus, dessen 1. Vorsitzender Müller früher war, habe niemand jemals die Entlassung jener CLU-Politiker gefordert, "die sich für den Putsch in Chile, für den Bruch der chilenischen Verfassung ausgesprochen haben". wh

Strafantrag gegen Aich

Dr. Prodosh Aich soll als Herausgeber des Buches "Da weitere Verwahrlosung droht..." (rororo-aktuell Nov. 73) die Vertraulichkeit behördlicher Unterlagen über Fürsorgezöglinge verletzt haben. Die Stadt Delmenhorst (wahrscheinlich auch Bonn) hat jetzt gegen Aich Anzeige erstattet. Der Delmenhorster CDU-Stadtrat Bohnhorst hat nach einem NWZ-Artikel vom 7.3.74 "im Interesse der weiteren Zusammenarbeit mit der Uni eine Bestrafung der Verantwortlichen gefordert." Bohnhorst dementierte dies inzwischen und gab zu erkennen, daß das Landesjugendamt über den Verwaltungspräsidenten die Anzeige veranlaßt hat.

NDR und Weser-Kurier beschäftigten sich mit der Reaktion auf die Anzeige; Mitarbeiter und Fürsorgezöglinge aus betroffenen Jugendheimen unterstützen die Veröffentlichung; sie planen eine Solidaritätsveranstaltung mit Aich. Die Oldenburger BdWi verurteilt schärfstens die Vorgehensweise des Verwaltungspräsidenten.

*
Die Universität wird Stellung beziehen müssen. Das Buch ist Ergebnis eines Seminars an der Universität Oldenburg. Es werden Sozialbiografien anhand von Behördenakten dokumentarisch erstellt und kritisch kommentiert. Die Akten der Fürsorgezöglinge scheinen in persönlichen Daten weitestgehend verschlüsselt,

Ausschreibungen wiss. Stellen

Der Rektor teilt mit:
Sämtliche Ausschreibungen wissenschaftlicher Stellen an anderen Hochschulen, die der Universität zur Kenntnis zugesandt werden, sind ab sofort in den Geschäftsstellen für die Fachbereiche einsehbar. Die bislang eingegangenen Ausschreibungen bleiben weiterhin im Beratungszimmer, Bauteil D.

also nur für sie selbst identifizierbar bzw. für die damit befaßten Heime und Anstalten. Den Bezeichnungen werden von den Autoren allerdings bewußt beibehalten.

Das ist wohl der Grund zu der Anzeige. Hier werden Methoden von Behörden öffentlich analysiert, die in ihrem Vorgehen alles andere als Schutz der Persönlichkeit gewähren, den Schutz der Persönlichkeit aber zum Schutz für ihre Vorgehensweisen benutzen. Und die überdies durch das Herumposaunen der Anzeige eine Entschlüsselung der Daten erst ermöglichen.

Der Universität drohen neben der Einschüchterung kritischer Wissenschaftler (siehe BdWi-Stellungnahme) die Einschränkung wissenschaftlicher Arbeit und der Publizierung ihrer Ergebnisse, insbesondere aber Beeinträchtigung von Arbeitsbereichen und Projektstudium.
uh

BdWi zur Aich-Anzeige

Der BdWi, Sektion Oldenburg, verurteilt schärfstens die Vorgehensweise des Verwaltungspräsidenten in Oldenburg gegen die wissenschaftliche Veröffentlichung "Da weitere Verwahrlosung droht...", herausgegeben von Prodosh Aich. Der Verwaltungspräsident hat die Verwaltung der Stadt Delmenhorst angewiesen, gegen Prodosh Aich die Ergebnisse eines Projektes des Forschenden Lernens, dem Behördenakten der Fürsorgeerziehung zugrundelagen, veröffentlicht hat. Seit November 1973 ist den Behörden das Buch bekannt. Deshalb bringt die Strafanzeige erst im März 1974 das Verwaltungspräsidium besonders ins Zwielicht.

Dieser Strafantrag bedeutet

- den Versuch der Einschüchterung einzelner Wissenschaftler
- den Versuch der Disziplinierung der Hochschule zu einer Hilfsorganisation der Verwaltung
- den Versuch der Einschränkung des im Grundgesetz garantierten Rechts der Freiheit von Forschung und Lehre.

Dieses Vorgehen des Verwaltungspräsidenten stellt dar

- eine Behinderung des Auftrags der Hochschule, gesellschaftlich relevante Forschungsprozesse zu organisieren
- eine Behinderung des Auftrags der Hochschule, eine praxisbezogene Ausbildung zu gewährleisten
- einen Versuch der Verwaltung, unter Ausschluß der Öffentlichkeit zu arbeiten.

Der BdWi fordert den Verwaltungspräsidenten auf, seine Vorgehensweise öffentlich zu begründen sowie zu der Drohung seines Beauftragten in Delmenhorst, "Im Interesse der weiteren Zusammenarbeit mit der Universität ist eine Bestrafung der Verantwortlichen in diesem Fall unerlässlich", Stellung zu nehmen.

Senatsitzung am 3.4.

Die nächste Sitzung des Senats findet am 3.4.74 um 14.30 Uhr im Konferenzzimmer statt. Auf der Tagesordnung stehen Stellungnahmen des Senats zur Kapazitätsberechnung und Beschaffungsordnung. Zu wählen sind u.a. der Verwaltungs-, Nicht-Abiturienten-Kurs (NAK)- und EDV-Ausschuß.